

-
- Persistenter Identifier:** 1571051867188_1979
- Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen
- Ort:** Stuttgart
- Datierung:** 1979
- Strukturtyp:** volume
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/1/
-
- Abschnitt:** Internationaler Kongreß über "Staat, Produktion der städtischen Umwelt, gegenwärtige Krise und Restrukturierung des Kapitals", 23. bis 25.11.1978 in Venedig
- Autor:** Rodriguez-Lores, Juan
- Strukturtyp:** article
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/87/LOG_0035/

Politik der Linken aus zwei historischen Sackgassen herauszuführen: einerseits dem Versuch, auf lokaler/kommunaler Ebene eine „rote Insel“ zu verwirklichen, andererseits einer Strategie der Er kämpfung erweiterter sozialstaatlicher Aufgaben auf zentraler Ebene, deren bloße mechanische Übernahme auf kommunaler Ebene die Kommune als ein eigenständiges Feld sozialen Experimentierens negiert.

Die zwei zentralen neuen Qualitäten, die hier bezogen auf die Ebene der Politik und der Kommune die sozialen Bewegungen einbringen konnten, sieht R.L. zum einen in der Forderung nach einer neuen Art und damit auch institutionellen Fassung von Demokratie, die in diesen Bewegungen sich artikuliert (und die eine neue Stellung der Kommune in einem veränderten Staatsgefüge implizieren würde); zum anderen hebt er hervor, daß die dabei eingeklagten gebrauchswertbezogenen sozialen Ziele eine politische Strategie erfordern, welche eine gegebene Produktivkraftstruktur und damit verbundene Eigentums- und Produktionsverhältnisse nicht bloß effektiver verwaltet und „sozial“ ergänzt, sondern ihnen verändernd zu Leibe rückt (wobei die Kommune damit also nicht nur mehr Macht gegenüber dem Zentralstaat (s.o.) bekommen müßte, sondern auch mehr Macht gegenüber den lokal bislang vorherrschenden Mächten realisieren müßte).

Wie immer man solche Thesen beurteilen mag: sie stellen die Frage nach den Beziehungen von sozialen Bewegungen und Organisationen wie Politik der Arbeiterbewegung ohne jene Verengungen und Auslassungen, die sich leider auch in den Teilen der Einleitung finden, wo man sich „Zur Lage in der BRD“ äußert. Das Verhältnis soziale Bewegungen/Arbeiterbewegung wird dort allein als Frage des Verhältnisses zu den Gewerkschaften thematisiert, so, dertes Eigenleben führen würde. Die Tendenz zur Ausgrenzung der politischen Ebene erweist sich aber nicht nur an den spärlichen und recht pauschalen Aussagen zu „den parlamentarischen Parteien“. Sie macht sich auch darin bemerkbar, daß man zwar diesen Parteien die Rechnung aufmacht, aber die Probleme der radikalen Linken mit dem Phänomen „Bürgerinitiativen“, wie sie sich erst jüngst im Streit um Grüne/Bunte Listen zeigten, nicht erwähnt. Schließlich bleibt in diesem Kapitel der Einleitung auch Stadt als politisch gefaßte Institution, als 'Kommune', weitgehend unproblematisiert. Dabei werden es wohl gerade kommunale Wahlen sein, in denen für lokale städtische Initiativen sich drängender denn je die Frage nach ihrem Verhältnis zu Politik, Institutionen und Politikern stellen wird.

Trotz solcher kritischer Anmerkungen: es liegt ein Band vor, mit dem die Herausgeber ihrem selbstgesetzten Anspruch durchaus gerecht werden können, nämlich „eine politisch wie theoretisch folgenreiche lokalistische Abschrottung, vor der die sozialen Bewegungen in den Städten

heute stehen, etwas zu verringern“. Wenn vielleicht trotzdem gesagt werden kann, daß dieser Band von ca. 260 Seiten „sein Geld nicht wert ist“, dann hat das wohl allein mit der Europäischen Verlagsanstalt zu tun.

Juan Rodriguez-Lores

Internationaler Kongreß über „Staat, Produktion der städtischen Umwelt, gegenwärtige Krise und Restrukturierung des Kapitals“

Universität Venedig, 23.-25.11.1978

Dieser internationale Kongreß war von der Abteilung für „Ökonomische und soziale Analyse des Territoriums“ der Architekturfakultät der Universität Venedig gefördert worden. Unter der Federführung von Prof. M. FOLIN wurde der Kongreß zu einem 3-tägigen Forum und wichtigen Kontaktmedium marxistischer Akademiker aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Portugal und Spanien, die im Bereich der Staats- und Stadtforschung tätig sind. An den hierzulande herrschenden disziplinären Provinzialisismus gewöhnt, war es für die deutschen Gäste eine angenehme Überraschung, daß sich auch die dortigen Architekturstudenten an einer solchen interdisziplinären Veranstaltung massiv beteiligt hatten.

Zum Verständnis der Problematik des Kongresses und des „theoretischen Klimas“, in dem er organisiert wurde und abließ, sei einiges vorausgeschickt.

Bekanntlich dominieren in der marxistischen Tradition ökonomistische Ansätze bei der Definition der Natur des Staates. Sie beruhen auf einer Tautologie, die über das historische Wesen des Staates wenig erklärt, nämlich: der kapitalistische Staat existiere nur im Dienste des Kapitals. Dabei wird eine unvermittelte, mechanische Entsprechung von Staat und Kapital postuliert und die gewisse Autonomie des Politischen gegenüber dem Ökonomischen – gerade im Akt der Erfüllung seiner „ökonomischen“ Aufgabe gegenüber dem Kapital – ausgeblendet. In der monopolistischen Phase bedeutet das eine Identifikation von Monopolen und Staat. Das hat zu einer Trennung des sog. gesellschaftlichen Reproduktionsbereichs von der Produktion geführt und damit den Weg geöffnet für ein Verständnis des staatlichen Interventionismus im Rahmen der Sozialisierung der Produktion/Bereitstellung von gemeinschaftlichen Dienstleistungen (vor allem also im Rahmen der Stadtpolitik und des Urbanismus) als Staats-„Reformismus“, tout court ja sogar als „Sozialismus“.

Aber zur marxistischen Tradition gehören auch grundsätzlich andere Theorieelemente: z.B. jene Stellen in Marx' „Grundrissen“, in denen man zu einem viel differenzierteren Verständnis des Verhältnisses zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen kommt, wenn

Lassen wir alle Spekulationen darüber beiseite, wie angenehm ein am politisch mittlerweile „geläuterten“ EVA dieser Band heute ist. Daß für den Preis von 38,— DM nur ökonomische „Sachzwänge“ maßgebend waren, diesen Nachweis müßte man erst einmal führen.

Marx die Funktion des Staates bei der Herstellung der „allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion“ und das „spezifische Verhältnis des Kapitals“ zu ihnen (FOLIN legte in seinem Beitrag den doppelten und widersprüchlichen Charakter dieser Bedingungen als Wertträger und als Gebrauchswerte dar) erläutert; z.B. auch Gramscis Theorie der doppelten Rolle des Staates als Herrschafts- und als Hegemonieapparat. Es sind Interpretationsstränge, die dem Politischen einen großen Initiativraum bei der Erfüllung seiner Aufgabe im Rahmen der Unterstützung der Akkumulation des Kapitals beimessen. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade diese beiden Beispiele eine zentrale Aufklärungsfunktion in der neueren marxistischen Staats- und Stadtforschung spielen, die sich von dogmatischen Schemata befreien will und in zunehmendem Maße dem Politischen ihre Aufmerksamkeit widmet.

Aber eigentlich sind es objektive Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation gewesen, die den Anstoß für eine erneute theoretische Beschäftigung mit der Funktion des Staates und der Stadt gegeben haben:

- zunächst die Entstehung der sozialen (vor allem städtischen) Bewegungen: einerseits stellen sie die „Neutralität“ des Staates als Versorger mit gesellschaftlichen Konsummitteln in Frage; andererseits lassen sie auch gleichzeitig erkennen, daß der Staatsinterventionismus in diesem Bereich viel direkteren Bezug auf Klassen- und allgemeinere soziale Konflikte als auf rein ökonomische Diktate des Kapitals nimmt;
 - dann die jüngste Wende der staatlichen Politik in den entwickeltesten Industrieländern vom „welfare state“ zu einer Politik der „Austerity“ und der Restrukturierung des Kapitals (im Sinne der „Rekapitalisierung“ traditioneller öffentlicher Investitionsbereiche);
 - und schließlich die aus dieser Wende resultierenden Konflikte innerhalb des Staatsapparates selbst zwischen ihren horizontal gegliederten Institutionen, aber besonders zwischen ihren zentralen und peripheren (lokalen) Organen.
- Bei den ca. 20 Beiträgen, die meistens von den jeweiligen nationalen Kontexten ausgehend) Antworten auf diese drei zusammenhängenden Fragekomplexe

geben wollten, war zunächst eine gewisse methodologische Unsicherheit festzustellen: das „ökonomistische“ Staatsverständnis (LÄPPE, Holland), der Drang zur soziologischen Formalisierung der städtischen Bewegungen (CHERKI/MEHL, Frankreich) (direkte Gegenüberlegungen dazu stellte INDOVINA, Italien, in seinem Beitrag über den potentiellen „Klassencharakter“ der städtischen Bewegungen dar) und die subjektiv-moralische Einschätzung der lokalen Staatsapparate (BORJA, Spanien) waren noch anwesend. Aber im Großen und Ganzen war jener Ansatz dominant, der eine der wichtigsten Errungenschaften der theoretischen Praxis der „Neuen Linken“ zu sein scheint: jenseits des ökonomischen Determinismus und des Glaubens an die „eiserne Logik des Kapitals“ die Wirklichkeiten des Klassenkampfes und des sozialen Konfliktes wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaftsbetrachtung zu stellen und auf sie auch die staatlichen Funktionen und Handlungsformen zu beziehen: der Staat als parteilicher „Vermittler“ und die Stadt — die gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen — als Ergebnis dieser parteilichen „Vermittlung“.

Die Krise — die fiskalische und administrative des Staates, die der Stadt und der gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen — wurde im Zusammenhang mit den neuen Interventionsformen des Staates bei der Unterstützung der Akkumulation des Kapitals erklärt, die im Begriff der „Restrukturierung“ oder „Rekapitalisierung des Kapitals“ erfaßt wurden. Die Beiträge über die jüngste Wende der staatlichen Wohnungsbaupolitik (HAROE und MUGNAIONI, England; PRETECEILLE, Frankreich), über die neuere Entwicklung der rechtlichen, fiskalischen und administrativen Bedingungen der Stadtplanung (SERINI, Italien) sowie über verschiedene Alternativen der „Krisenlösung“ (EVERS, BRD) zeigten die internationalen Züge der unter „Rekapitalisierung“ gemeinten neuen Produktionsform der gesellschaftlichen Produktion“ (MARX, Deutschland) und ihre konfliktreichen Auswirkungen. Bei den heute dominierenden Krisenlösungsversuchen geht es grundsätzlich um die staatliche geförderte Erweiterung der Profitzonen des privaten Kapitals — entweder durch direkte finanzielle Unterstützung der Produktion oder durch eine wesentliche Umorganisation der Produktionsform und Bereitstellung gemeinschaftlicher öffentlicher Dienstleistungen. Letzteres bedeutet allerdings nicht den Rückzug des Staates aus diesem Bereich, der von zentraler Bedeutung für das System bleibt (gesellschaftliche Legitimation des Staates, Sicherstellung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen für das Kapital und die Arbeitskraft, Notwendigkeit politischer Antworten des Staates auf die sozialen Protestbewegungen), sondern es bedeutet vielmehr Teilprivatisierung oder vor allem — durch neue Finanzierungsmodi — zunehmende Integration der gemeinschaftlichen Dienstleistungen

in den kapitalistischen Verwertungsmechanismus und ihre „Kolonisierung“ durch das private Kapital.

Wichtig war die theoretische Reflexion über das in dieser Strategie der „Rekapitalisierung“ tatsächlich enthaltene Konfliktpotential. Erklärbar wird es, wenn man die These akzeptiert, daß die Hauptfunktion des Staates nicht die Organisation der Wirtschaft (mechanische Antworten auf unmittelbar kapitalistische Bedürfnisse zu geben), sondern vielmehr die Organisation der Gesellschaft (den Klassenkampf und den sozialen Protest zu „integrieren“ ist (INDOVINA, Italien).

Zum einen erfordert die „Rekapitalisierung“ eine radikale Zentralisierung der öffentlichen Investitionspolitik und Planung; zum anderen bedeutet sie eine andere Akzentsetzung in der historischen Natur der gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen, wobei es dann mehr um die Realisierung ihres Charakters als Wertträger und die Zurückdrängung ihres Gebrauchswertes geht.

Damit verschärfen sich zunächst die Konflikte zwischen den zentralen und den lokalen Staatsorganen, und zwar nicht so sehr weil — vor allem durch die fiskalische Politik — die lokalen Instanzen ihrer Planungsinitiative praktisch beraubt werden, sondern weil sie zum Ausführer einer zentral vermittelten Produktions- und Distributionsform von Dienstleistungen dequalifiziert werden, die gerade im lokalen Kontext auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen und den unmittelbaren Interessen der lokalen Kapitalien zuwiderlaufen. Das wurde exemplarisch für Italien (MARCELLONI) gezeigt, wo gerade nach Vollendung der lokalen Autonomie in den letzten Jahren und nach dem jüngsten kommunalen Wahlsieg der Linken die Kommune die Initiative gegenüber dem Zentralstaat weitgehend verloren hat und sogar gutbewährte „Integrations“-Instrumente auf lokaler Ebene, wie die „Partizipation“, sich abgestumpft haben.

Ingrid Krau

Betrifft: Stadtentwicklung in der Krise

Zu den beiden Artikeln von Uli Hellweg (ARCH+ 38 und 40/41)

Nun doch noch eine (späte) Kritik an den Artikeln. Zunächst hatte ich sie nach Diskussionen mit Planerkollegen im Ruhrgebiet und mit dem Verfasser zu den Akten getan: war es nicht doch nur Verärgerung, daß einer, der erst kurze Zeit im Ruhrgebiet ist, die große Zusammenschau schreibt, die doch eigentlich von all jenen kritischen Planern, die in den Ruhrgebietsrathäusern sitzen, kommen müßte?

Genau dies ist der Punkt: die Aacheener Tagung „Die Stadt in der Krise — Gibt es Alternativen für Planung und Planer?“ am 2./3.2., die ganz wesentlich von Planern aus dem Ruhrgebiet getragen wurde, hat demonstriert, daß es keine kollektive Selbstbehauptung

Bezüglich der städtischen Bewegungen, die sich, wie in mehreren Beiträgen gezeigt wurde, seit ein paar Jahren in der Krise befinden, bedeutet das zweierlei: einerseits eine strukturelle Verschlechterung ihres traditionellen Kampfgegnenstandes — die Stadt, die öffentlichen Dienstleistungen —, deren Konsum — nun stärker dem kapitalistischen Verwertungsprozeß unterworfen — die Marginalisierung und die Ungleichheit der Aneignungschancen weiter verschärft; aber gleichzeitig verlagert sich das Feld der sozialen Auseinandersetzungen von den städtischen auf allgemein-gesellschaftliche Konflikte, die die neue zentralstaatliche Politik unmittelbar hervorruft (Marginalisierung, Arbeitslosigkeit usw.).

Die damit zusammenhängenden Fragen nach dem Korporativismus, dem engen Syndikalismus, der den neuen Kampfformen durch die selektive Sektorenpolitik des Staates aufgetrocyt werden; nach den Folgen aus dem Verlust von „Integrations“-Kraft bei den lokalen Staatsorganen (im Zusammenhang mit ihrem Verlust an „Aufgaben“, der Marginalisierung der autonomen Stadtpolitik und des Urbanismus); nach der Übertragbarkeit von gemachten Kampferfahrungen auf die Länder, die, wie Portugal und Spanien, die demokratische Bühne Europas gerade betreten, usw. — das sind Fragen, die dieser Kongreß aufgeworfen, aber nicht beantwortet hat. Hier liegt sicherlich ein Manko, an dem die kompakte Organisation, die kaum Raum für die kollektive Diskussion zuließ, z.T. schuldig war. Das große Verdienst: Fragen, mit denen man schon lange hantiert hatte, anders zu stellen: in der historischen Analyse der sozialen und politischen Praxen und nicht weiter in der logisch-dogmatischen Betrachtungsweise; in übernationalem Zusammenhang Denkrichtungen für eine Vertiefung der Probleme anzugeben. Der Nachkriegsmarxismus hat allzu lange an der „Logik“ und dem „Provinzialismus“ gelitten.

der kritischen Planer gibt. Noch der Schritt von mehreren von uns, die Berufstätigkeit im Rathaus aufzugeben, ist für jeden ganz und gar individualistisch determiniert. Genauso das Verhältnis zum Veröffentlichenden und eben auch zum Kritiken schreiben.

Ich möchte U. Hellweg also nicht kritisieren, weil er allein das versucht, was kollektiv nicht passiert ist. Dies um so weniger als ich aus dem Interesse etlicher Studenten, die über das Ruhrgebiet arbeiten und die die beiden Artikel mit großem Interesse zur Hand nahmen, ableite, daß eine kritische Einschätzung der politisch-ökonomischen Entwicklung im Ruhrgebiet und der politischen Planung, der hier ein